

Lausitzer-Kohle-Rundbrief

BRUNICOWY ROZGLĚD

**21. Dezember
2020**

Liebe Rundbrief-Leserinnen und -Leser,

unser kurzer Jahresbericht liegt schon bereit, aber vorher verschicken wir noch einen regulären Rundbrief, um über die Kohle-Nachrichten der letzten Woche zu informieren:

1. Unverkäuflich - Blaubeeren aus dem Widerstandswald
2. Bundeswirtschaftsministerium hielt brisante Studie zurück
3. Landesbehörde widerspricht LEAG: Geplantes Müllkraftwerk Jänschwalde ist keine Ersatzbrennstoffanlage
4. EU-Kommission sieht beim polnischen Tagebau Turów europäisches Recht verletzt
5. Sulafitbelastung der Spree als Folge der Braunkohleförderung: Gutachten belegt Gefahren für Trinkwasserversorgung
6. Winterdürre in der Lausitz – die Katastrophe geht weiter
7. Niederlausitzer Weihnachtsgrüße mit dem Chor Łużyca

1. Unverkäuflich - Blaubeeren aus dem Widerstandswald



Mit unserem gepachteten Wald sind wir dem Tagebau Nochten im Weg und das kostet Mühe und Geld. Schon im ersten Jahr des Pachtvertrages fielen Anwaltskosten an, denn wir mussten uns als Einwander gegen die Verlängerung des Rahmenbetriebsplans wenden, um unsere Rechtsposition nicht zu schwächen. So wird es vermutlich weitergehen: jederzeit kann ein Grundabtretungsantrag gestellt werden und auch an den anderen Plan- und Zulassungsverfahren werden wir uns natürlich als Flächennutzer intensiv einbringen.

Zugleich fallen in der Corona-Pandemie vorläufig die Bildungs- und Kulturveranstaltungen in unserem Wald aus. Dort wollten wir an die Mitwirkenden als Dankeschön Likör aus den Blaubeeren verteilen, die wir im Sommer hier gepflückt haben. Nun machen wir das anders: Wir verschicken die schicken 50ml-Fläschchen an die ersten dreißig Spender*innen, die uns in diesem Monat [finanziell unterstützen](#) sowie an unsere regelmäßigen

Förderer*innen. Aber Achtung: selbstgemachter Likör ist kein zugelassenes Lebensmittel, weshalb wir ihn deutlich erkennbar als „nicht zum Verzehr“ deklariert haben.

Umweltgruppe Cottbus e.V. Projektbüro: Straße der Jugend 33 D-03050 Cottbus	Internet www.kein-tagebau.de E-Mail umweltgruppe@kein-tagebau.de	Telefon +49 (0151) 14420487	Spendenkonto GLS Bank BIC: GENODEM1GLS IBAN: DE17 4306 0967 1145 3769 00
--	---	---	--

2. Bundeswirtschaftsministerium hielt brisante Studie zurück

Sie wurde vom Bundeswirtschaftsministerium zur Vorbereitung des Kohleausstiegsgesetzes in Auftrag gegeben, sie war im November 2019 fertig und sie kostete die Steuerzahler*innen 1,2 Millionen Euro. Doch dann verschwand die ausführliche Studie von BET und weiteren Büros zu den Braunkohle-Entschädigungen in der Schublade, offenbar weil sie die Einigkeit mit den Kohlekonzernen gefährdet hätte. Erst Monate nach der Verabschiedung des Kohleausstiegsgesetzes wurde das Gutachten klammheimlich im Internet veröffentlicht. Ein [Artikel des SPIEGEL vom 16. Dezember](#) holte den Skandal ans Licht der bundesweiten Öffentlichkeit.

Ein Skandal nicht nur für die Dörfer am rheinischen Tagebau Garzweiler, deren Zerstörung laut diesem Gutachten nicht nötig ist, zwischenzeitlich aber im Bundesgesetz als „energiepolitische notwendig“ festgeschrieben wurde. Auch bei den Entschädigungszahlungen an die LEAG gab es vermutlich Gründe, weshalb das Gutachten dem Bundestag im Gesetzgebungsverfahren vorenthalten wurde – gut, dass die EU-Kommission die geplanten Beihilfen noch nicht durchgewunken hat. Wir werden das Gutachten (267 Seiten) in den nächsten Wochen gründlich auswerten.

3. Landesbehörde widerspricht LEAG: Geplantes Müllkraftwerk Jänschwalde ist keine Ersatzbrennstoffanlage

Die sogenannte „Online-Konsultation“ zur geplanten Müllverbrennungsanlage am Kraftwerkstandort Jänschwalde geht mit einem Eklat in die nächste Runde. In seiner Stellungnahme zu den Einwendungen bestätigte das Brandenburger Landesamt für Umwelt (LfU) eine zentrale Befürchtung von Anwohnern: „Es handelt sich nicht um eine Ersatzbrennstoffanlage“, heißt es von Seiten der Behörde. „Die Anlage sei der Nr. 8.1 gemäß Anhang 1 der 4. BImSchV zuzuordnen und dient der Verbrennung von Abfällen, die gemäß Antragsunterlagen zur Verbrennung beantragt sind“. Damit widerspricht das Landesamt der LEAG-Behauptung, dass es sich bei dem Projekt um eine EBS-Anlage handle.

„Fast alle Abfall-Arten, die sich verbrennen lassen, sind von der LEAG zur Verbrennung in der neuen Anlage beantragt worden – und das ohne jegliche Mengenangabe und ohne Herkunftsnachweise. Auf dieser Grundlage könnten hier 0 Prozent EBS und 100 Prozent Müll verbrannt werden.“, kommentiert Heide Schinowsky vom Aktionsbündnis Contra Müllverbrennung die LfU-Einschätzung. Die Liste der zur Verbrennung beantragten Stoffe ist Bestandteil der Genehmigungsunterlagen. Darin werden neben klassischem Siedlungsabfall auch Kunststoffe, Gummi, Lacke, Farben, Arzneimittel, Abfälle aus tierischem Gewebe, aus der humanmedizinischen und der tierärztlichen Versorgung sowie aus der Leder-, Pelz- und Textilindustrie aufgeführt. Insgesamt sind etwa 100 Produktklassen laut der Abfallverzeichnis-Verordnung (AVV) zur Verbrennung beantragt.

LEAG und VEOLIA drohen nun Probleme wegen der geplanten Müll-Importe aus anderen Bundesländern oder auch anderen europäischen Staaten. Der Import von Ersatzbrennstoffen nach Brandenburg ist legal – der von Müll aber nicht. „Unsere Landesverfassung verbietet den Import von Müll“, sagt Schinowsky. Dort heißt es: „Die Entsorgung von Abfällen, die nicht im Gebiet des Landes entstanden sind, ist unter Berücksichtigung der Besonderheiten Berlins nur in Ausnahmefällen zulässig“. „Eine Begründung für einen Ausnahmefall ist nicht erkennbar. Die Kapazitäten, die der Braunkohlebetreiber mit seiner Anlage bereitstellen will, werden schlichtweg nicht gebraucht“, sagt die Jänschwalderin. In einer Online-Pressekonferenz hatten der französische Müllkonzern VEOLIA und der Kraftwerksbetreiber LEAG erklärt, dass 75 Prozent der Brennstoffe für die neue Anlage aus einem Radius bis 250 Kilometer angeliefert werden sollen, u. a. auch aus Dresden und Chemnitz.

Das Braunkohleunternehmen LEAG plant, am Kraftwerkstandort Jänschwalde eine der größten Müllverbrennungsanlagen (MVA) Deutschlands zu errichten. Gegen die Pläne gibt es in den umliegenden Dörfern massiven Widerstand. Umfragen zufolge lehnen über 80 Prozent der Anwohner das Vorhaben ab. Nach Angaben des LfU haben 360 Einwander und Einwanderinnen ihre Kritik an dem Vorhaben geäußert.

(Pressemitteilung Aktionsbündnis Contra Müllverbrennungsanlage vom 16.12.2020, leicht gekürzt)

Umweltgruppe Cottbus e.V. Projektbüro: Straße der Jugend 33 D-03050 Cottbus	Internet www.kein-tagebau.de E-Mail umweltgruppe@kein-tagebau.de	Telefon +49 (0151) 14420487	Spendenkonto GLS Bank BIC: GENODEM1GLS IBAN: DE17 4306 0967 1145 3769 00
--	---	---	--

4. EU-Kommission sieht beim polnischen Tagebau Turów europäisches Recht verletzt

Die im März bis 2026 verlängerte Bergbaukonzession für den Braunkohletagebau Turów verstieß nach Ansicht der EU-Kommission gegen Europäisches Recht. Das machte die Kommission am 17. Dezember in einer Stellungnahme deutlich, die auf eine Beschwerde Tschechiens vom 30. September zurückgeht. Der Tagebau liegt nahe der Grenze zu Tschechien und Deutschland östlich von Zittau.

Bei einem Rechtsstreit zwischen zwei Mitgliedstaaten sieht Artikel 259 des EU-Vertrags vor, dass die Angelegenheit zunächst der Kommission zur Kenntnis zu bringen ist, die nach Anhörung beider Parteien innerhalb von drei Monaten eine mit Gründen versehene Stellungnahme abgibt.

In ihrer Stellungnahme vertritt die Kommission die Auffassung, „dass die polnischen Behörden die Bestimmungen der Richtlinie über die Umweltverträglichkeitsprüfung (2011/92/EU) und der Richtlinie über den Zugang zu Umweltinformationen (2003/4/EG), was die Information der an grenzüberschreitenden Konsultationen beteiligten Öffentlichkeit und Mitgliedstaaten und den Zugang zu Gerichten anbelangt, sowie den in Artikel 4 Absatz 3 des Vertrags über die Europäische Union (EUV) verankerten Grundsatz der loyalen Zusammenarbeit nicht ordnungsgemäß angewandt haben.“ Damit schloss sich die Kommission einem Teil der von Tschechien vorgebrachten Kritikpunkte an. Nach diesem Schritt kann Tschechien den Fall nun vor den Europäischen Gerichtshof bringen, wenn es sich nicht mit Polen gütlich einigt.

Die sächsische Europaministerin Katja Meier (Bündnis90/Grüne) begrüßte die Stellungnahme der Kommission: „Die Erweiterung des Tagebaus, wie von polnischer Seite derzeit vorgesehen, führt zu erheblichen grenzüberschreitenden Umweltschäden auf tschechischer und deutscher Seite. Gerade die nachteiligen Auswirkungen auf den Wasserhaushalt werden erheblich sein. Den tschechischen Vorstoß für die Einhaltung europäischer Umwelt- und Umweltinformationsrichtlinien vor dem Europäischen Gerichtshof begrüße ich daher nachdrücklich. Unser Ziel ist eine einheitliche Anwendung europäischen Umweltrechts durch alle Mitgliedstaaten der EU. Dies liegt auch im ureigenen Interesse des Freistaates Sachsen. Die Bundesregierung sollte jetzt die Tschechische Republik als Streithelfer unterstützen.“

5. Sulfatbelastung der Spree als Folge der Braunkohleförderung: Gutachten belegt Gefahren für Trinkwasserversorgung

(Pressemitteilung vom 10.12.2020:) Die vom Braunkohlenbergbau verursachte Sulfatbelastung der Spree kann die Trinkwasserversorgung im Großraum Frankfurt (Oder) gefährden, wenn der Klimawandel zu Trockenheit führt oder der Wasserverbrauch steigt. Das hat die Gefährdungsabschätzung zum Wasserwerk Briesen ergeben, die am Mittwoch im Wirtschaftsausschuss des brandenburgischen Landtages vorgestellt wurde. In der aktuellen Situation bestehe jedoch keine akute Gefahr. Um Trinkwasserversorgung im Raum Frankfurt (Oder) langfristig zu sichern, wurden die Ertüchtigung des Wasserwerkes Müllrose als vorrangige Maßnahme empfohlen. Der GRÜNEN LIGA fordert, den Braunkohleabbau als Ursache der Gefährdung nicht aus den Augen zu verlieren.

„Mit dem Gutachten ist klar belegt, dass die Sulfatbelastung die Trinkwasserversorgung bedroht. Dass Maßnahmen in Müllrose notwendig sind, darf nicht dazu führen, dass der Kohleabbau als Ursachen des Sulfateintrags nicht mehr hinterfragt wird. In die Spree dürfen nur die Sulfatmengen gelangen, die tatsächlich unvermeidbar sind.“, sagt René Schuster von der Bundeskontaktstelle Braunkohle der GRÜNEN LIGA.

Schuster weist darauf hin, dass der sächsische Tagebau Nochten, einer der größten Emittenten von Sulfat ist. Aktuell prüft das sächsische Oberbergamt einen Antrag der LEAG auf Verlängerung des Rahmenbetriebsplanes, dessen Zulassung bisher bis 2026 befristet ist. „Der Tagebau Nochten verursacht mit etwa 40 Prozent der Sulfatfracht den größten Anteil des Problems. Dieser Schadstoffeintrag würde durch die beantragte Zulassung um Jahre verlängert. Zahlreiche Einwendungen haben den LEAG-Antrag als nicht genehmigungsfähig abgelehnt.“, erklärt Schuster.

Selbst wenn man durch eine Ertüchtigung des Wasserwerkes Müllrose die Lage im Raum Frankfurt (Oder) entschärfen kann, bleibt die Sulfatbelastung weiterhin ein Problem für die Wasserversorgung, insbesondere von Berlin. Über den Kurznachrichtendienst Twitter teilten den die Berliner

Umweltgruppe Cottbus e.V. Projektbüro: Straße der Jugend 33 D-03050 Cottbus	Internet www.kein-tagebau.de E-Mail umweltgruppe@kein-tagebau.de	Telefon +49 (0151) 14420487	Spendenkonto GLS Bank BIC: GENODEM1GLS IBAN: DE17 4306 0967 1145 3769 00
--	---	---	--

Wasserbetriebe mit, dass das Gutachten „eingeschränkt“ auch auf Berlin zutreffen würde. „Wir beobachten die Situation natürlich auch aufmerksam, denn unser Wasserwerk Friedrichshagen fördert zum Großteil Uferfiltrat aus der Spree“, erklärten die Berliner Wasserbetriebe auf der Social Media-Plattform auf die Frage eines Mitgliedes des Berliner Abgeordnetenhauses.

6. Winterdürre in der Lausitz – die Katastrophe geht weiter

An weiße Weihnachten glaubt kaum noch jemand. Aber wird es diese Woche wenigstens endlich regnen? Schon 2019 gab es in der Lausitz zwar einen feuchten Oktober, auf den aber direkt ein extrem trockener November folgte. Dasselbe erleben wir 2020 noch massiver: Die Wetterstation Cottbus verzeichnete gerade mal 6 Millimeter Niederschlag im November und im Dezember bis zum 21.12. weniger als einen (!) Millimeter. Das sind 12 % bzw. 2 % des langjährigen Mittels für den jeweiligen Monat. Im gleichen Zeitraum gab es in anderen Teilen Deutschlands teilweise ergiebige Niederschläge, doch praktisch nichts davon erreichte Spree und Neiße. Eine solche Trockenperiode im Sommerhalbjahr hätte längst wieder massive Trockenschäden an den Pflanzen verursacht. Im Winter wird die Katastrophe kaum wahrgenommen, denn sie wird sich erst später auswirken. Mit jedem Tag schwinden die Chancen, dass dieses Winterhalbjahr das Wasserdefizit der Landschaft ansatzweise auffüllen kann, das in drei zurückliegenden Trockenjahren entstand. Bis der Wasservorrat wieder von Sonne und Pflanzenwachstum angezapft wird, bleiben nur noch Januar, Februar und März um ihn aufzufüllen. Wenn nicht alle drei Monate extrem feucht werden, wird die Lausitzer Dürre- und Niedrigwasserkatastrophe auch 2021 weitergehen. Eine Katastrophe gegen die es keinen Impfstoff gibt, die auch die Trinkwasserversorgung Berlins beeinflusst und die von der Braunkohleverstromung der zurückliegenden Jahrzehnte gleich auf drei Wegen entscheidend mitverursacht wurde: CO₂-Ausstoß, Grundwasserdefizit und künstliche Tagebauseen.

7. Niederlausitzer Weihnachtsgrüße mit dem Chor Łużyca



Wegen der Corona-Pandemie fällt in diesem Jahr natürlich auch der wendische Weihnachtsgottesdienst am 25. Dezember aus. Wir machen aus der Not eine Tugend und wollen, dass ein Weihnachtslied in niedersorbischer Sprache sogar von viel mehr Menschen gehört wird, als normalerweise in die Cottbuser Klosterkirche gekommen wären. Möglich macht das die aktuelle Aufnahme des Chores Łużyca, die es [hier auf youtube](#)

[anzuschauen gibt!](#) Auf diesem Wege wünschen wir allen Rundbrief-Leser*innen ein frohes und gesundes Fest!

Umweltgruppe Cottbus e.V. Projektbüro: Straße der Jugend 33 D-03050 Cottbus	Internet www.kein-tagebau.de E-Mail umweltgruppe@kein-tagebau.de	Telefon +49 (0151) 14420487	Spendenkonto GLS Bank BIC: GENODEM1GLS IBAN: DE17 4306 0967 1145 3769 00
--	---	---	--